

Rede  
von dem  
stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden

**Dr. Walter Döring MdL**

gehalten auf der  
traditionellen Dreikönigskundgebung  
der FDP/DVP Baden-Württemberg  
am 6. Januar 2002 in Stuttgart

Sperrfrist: 06.01.2002, 11 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Baden-Württemberg wird in diesem Jahr 50 Jahre alt.

Ich bin stolz auf 50 Jahre Baden-Württemberg und zugleich auf unsere Republik, auf die freiheitlichste Verfassung und auf die unblutige Revolution der Ostdeutschen vor zwölf Jahren.

Wir haben alle Grund, stolz auf das Erreichte zu sein und wir sollten uns nicht ständig dafür schämen.

Theodor Heuss - damals noch ohne jegliches Parlamentsmandat – sprach im Januar 1919 bei einer Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei als erster aus, „dass es vernünftig und auch dringend geboten sei, die Länder Baden und Württemberg zu vereinigen.“

Nur auf diese Weise werde der deutsche Südwesten in dem Gesamtstaat künftig angemessen vertreten sein und das ihm zukommende Gehör finden.

Der Liberale Reinhold Maier hat diese Vision umgesetzt!

## 2

Wir Liberalen in Baden-Württemberg sind stolz darauf, dass unsere Parteigeschichte untrennbar mit der Geschichte der Südweststaates, mit der Geschichte unseres Bundeslandes Baden-Württemberg verbunden ist.

Baden-Württemberg wäre ohne die Liberalen nicht denkbar und auch nicht erfolgreich - und umgekehrt.

Wir sind die eigentliche Baden-Württemberg-Partei und niemand sonst!

Heute kann man sich den Mut eines Reinhold Maier nur wünschen.

Wenn ich daran denke, dass es heute immer noch Verbände, Vereinigungen und Organisationen gibt, die in zwei Landesverbände aufgeteilt sind, so ist dies kaum nachvollziehbar und mit Sicherheit weder dem Land noch den jeweiligen Verbänden förderlich.

Ich fordere alle Verbände dazu auf, sich endlich zu einem Landesverband zusammen zu schließen und damit die Kleinstaaterei zu beenden.

Nutzen Sie das 50-jährige Landesjubiläum endlich dazu, den Schritt der Vernunft zu gehen und sich zu vereinigen.

Aber nicht nur hier im Land braucht es Mut, sondern auch bei der Föderalismusdiskussion.

Wir brauchen eine Stärkung des Wettbewerbs-föderalismus und dieser braucht die Diskussion um eine Neugliederung der Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland.

Wenn ein Reinhold Maier vor 50 Jahren ebenso hasenfüßig an seine historische Aufgabe herangegangen wäre wie heute diejenigen, die den Zusammenschluss von Berlin und Brandenburg verhindert haben oder diejenigen, die jede Länderneugliederungsdiskussion aufgrund von vermeintlicher Aussichtslosigkeit schon im Keim ersticken wollen, dann gäbe es heute noch kein Bundesland Baden-Württemberg.

Haben wir endlich den Mut dazu, die Bundesrepublik Deutschland so aufzustellen, dass sie in dem zusammenwachsenden Europa zukunfts- und wettbewerbsfähig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

am 22. September diesen Jahres finden Bundestagswahlen statt – vorausgesetzt die CDU/CSU hat bis dahin einen Kandidaten oder eine Kandidatin gefunden und es sind bis dahin nicht alle „vermerkt“ und „zerstoibert“.

Wie ist die Ausgangslage ?

Unser Bundesland Baden-Württemberg steht glänzend da – seit dem die FDP mitregiert !

Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit, wir haben die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, wir haben mit das größte Wirtschaftswachstum und, und, und.

Wir sind in nahezu allen Bereichen in Deutschland und in Europa in der Spitzengruppe.

Wir liegen in den zentralen Wirtschaftsdaten vor Bayern und jeder weiß, dass jeder Tag, an dem wir besser als die Bayern sind, ein guter Tag für Baden-Württemberg ist.

3

Diese Spitzenpositionen lassen wir uns von einer unfähigen rot-grünen Bundesregierung nicht kaputt machen.

Es ist Zeit für einen Wechsel !

Lassen Sie mich den Bundeswirtschaftsminister Werner Müller zitieren:

„Wenn sich diese Regierung im Herbst zur Wiederwahl stellt, dann wird sie ihr oberstes Ziel – eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 3,5 Mio. – verfehlt haben. Auch die angestrebte Senkung der Sozialversicherungsbeiträge auf zusammen 40 % wird dann wohl nicht ganz erreicht sein.“

So weit Bundeswirtschaftsminister Müller.

Natürlich hat er recht damit.

Diese Ehrlichkeit spricht für ihn.

Aber eine Bundesregierung, die ihre zentralen Ziele so klar verfehlt, gehört abgelöst!

Sorgen Sie mit uns dafür, dass wir nach dem 22. September endlich wieder eine Bundesregierung haben, die die Probleme anpackt und sie nicht mit ruhiger Hand dahindümpeln lässt!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Flugaffäre von Rudolf Scharping war schon ziemlich schlimm.

Die wirklichen Flugaffären von Rot-Grün sind für uns alle jedoch viel schlimmer:

Bildungspolitik im Blindflug !

Gesundheitswesen im Sturzflug !

Arbeitslosigkeit im Höhenflug !

Konjunktur im Tiefflug !

Bruchpilot Schröder und seine grünen Flugbegleiter haben unser Land in den Sinkflug gebracht.

4

Es wird Zeit die Reißleine zu ziehen!

Wir brauchen jetzt dringend eine Regierung, die aus dem Schlafwagen Deutschland wieder eine europäische Lokomotive macht.

Die Gründe für die Misere sind alle hausgemacht:

Ökosteuer, unzureichende steuerliche Entlastungen für die Bürger, eklatante Benachteiligung des Mittelstands bei der Steuerreform, drastisch verschlechterte Abschreibungsbedingungen, unsinnige und ultrabürokratische Regelungen der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und der sogenannten Scheinselbständigkeit, Reformstau im Gesundheitswesen und keinerlei Flexibilität in der Arbeitsmarktpolitik.

Diese Regierung hat abgewirtschaftet !

Sie muss weg!

Wir Liberalen haben die Zukunftskonzepte für Deutschland.

Wir werden Deutschland wieder bewegen und Richtung  
Steigflug bringen!

Was ist zu tun?

1. Nach PISA wird viel über Bildungslücken gesprochen.

Die größte und gravierendste Bildungslücke sitzt in Berlin und  
sie hat einen Namen:

Edelgard Bulmahn

Es wird höchste Zeit, dass diese Bildungslücke geschlossen  
wird!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Erziehung ist – wie es das Grundgesetz formuliert – Recht und  
Pflicht der Eltern.

Das gehört zu Beginn dieses Jahrtausends auf die  
bildungspolitische Tagesordnung.

5

Eltern müssen wissen, dass die Formulierung des  
Grundgesetzes eben auch die Pflicht einschließt.

Ein Mindestmaß an Zivilisiertheit als Mitgift des Elternhauses  
für die Begegnung mit anderen muss und darf in einer  
freiheitlichen Gesellschaft ohne Zweifel erwartet werden.

Die ganze Grotteske der bildungspolitischen Diskussion in  
Deutschland wird auch daran deutlich, dass Familien in einer  
Zeit mit entscheidender Grundlegung für Charakter und  
Haltung, für die Fähigkeit im Umgang und im Gebrauch der  
Freiheit, für den Kindergarten Gebühren zahlen müssen.

Studiengebühren dagegen werden geradezu verboten!

Kindertagegebühren ja – Studiengebühren nein – so stellt  
man ein ganzes Bildungssystem auf den Kopf.

Wie kurbelt man Wettbewerb und Leistungsbereitschaft im  
deutschen Hochschulsystem an?

Ganz einfach:

In dem man sie verbietet!

Dies scheint – überspitzt formuliert – die politische Linie von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn zu sein.

Sie will Studiengebühren per Gesetz untersagen.

Ein solches Gesetz verhindert nicht nur die Einführung einer vernünftigen, sozial verträglichen finanziellen Beteiligung der Studierenden an ihrem Studium, sondern sanktioniert sogleich auch noch die bei uns eingeführten Strafgebühren für Langzeitstudenten.

Mit anderen Worten:

Statt den Studenten via Eigenbetrag einen gewissen Einfluss auf die Qualität des Lehrangebotes zu sichern und die Hochschulen dadurch zum Wettbewerb um ihre Klientel zu zwingen, werden Studiengebühren nun endgültig in schlichtes Bußgeld umgemünzt.

6

In Baden-Württemberg, wo die Gebühr für Langzeitstudierende bereits erhoben wird, hat sich der Effekt schon niedergeschlagen:

Trotz eines Prozents mehr Einschreibungen 1998/99 sank die Studentenzahl an den Landeshochschulen um 18,5 % - die Langzeitstudierenden sind jetzt alle in Nordrhein-Westfalen – auch kein schlechtes Ergebnis für Baden-Württemberg!

Verbieten, entmündigen und bestrafen – das ist der Dreiklang sozialdemokratischer Bildungspolitik alter Schule - und der ist grottenfalsch und der muss endlich beendet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach der Veröffentlichung der PISA-Studie beschleicht die Sozialdemokraten nun doch ein schlechtes Gewissen.

Ein Brief verrät, dass sie sich der Misere ihrer eigenen Schulreformen bewusst sind.

Brigitte Speth, die Vorsitzende der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen, hat in einem Brief an

alle SPD-Bildungsministerinnen und Bildungsminister geschrieben, dass die Studie als eine Selbstverurteilung der Reformpolitik der letzten 30 Jahre verstanden werden kann.

Auch ohne Tests sei vorhersehbar, dass Länder mit selektiven Schulsystemen, die den Strukturreformen der letzten 30 Jahre widerstanden haben, bessere Schülerleistungen in allen Schulformen haben werden, als die in ihrer Partei - der SPD – beliebten integrativen Systeme.

Es war die alte linke Litanei:

Wir sind zwar nicht so gut wie ihr, dafür jedoch sozial gerechter!

Dumm, aber glücklich – heißt die polemische Version!

Die sogenannte progressive Bildungspolitik hat versagt:

Sie hat auf Ansprüche verzichtet, ohne von der erhofften Gegengabe von Chancengerechtigkeit auch nur das geringste einzustreichen.

Der Aufbruch ging zu Lasten derer, die ohnehin schon unten waren.

Frau Speth schreibt dann auch noch, dass sie den Eindruck hat, dass die A-Länder – also die SPD regierten Länder – für ihre Schulpolitik an den Pranger gestellt werden.

Richtig und zurecht!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir brauchen endlich mehr Geld für die Ausbildung unserer Kinder!

Wir werden nach unserer Regierungsbeteiligung aus der hochsubventionierten Steinkohleförderung aussteigen und die 4,8 Milliarden Euro, die allein im Jahr 2000 in den Bergbau flossen, für die Bildung nutzen.

Wir brauchen Kohle für die Bildung und wir werden dies als eine unserer ersten Aufgaben anpacken.

## 2. Wir brauchen eine liberale und marktwirtschaftlich orientierte Gesundheitspolitik

Die grüne Gesundheitsministerin Andrea Fischer war schon eine Zumutung für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler.

Aber die rote Gesundheitsministerin Ulla Schmidt ist in kurzer Zeit zu einer leibhaftigen Gefahr für das Gesundheitswesen und damit auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland geworden.

Die Kassenbeiträge explodieren, und Ulla Schmidt schaut tatenlos zu.

Dabei ist sie völlig dem Budgetierungswahn verfallen:

Sie hat sogar ihrem eigenen Denken und Handeln ein äußerst enges Budget auferlegt!

Wir brauchen endlich einen radikalen Wechsel in der Gesundheitspolitik !

## 8

Wir Liberalen wollen eine Konzentration der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung auf das medizinisch Notwendige.

Wir wollen die Eigenverantwortung und die Eigenbeteiligung stärken und an den Selbsthalten festhalten sowie Regel- und Wahlleistungen einführen.

Mit der Budgetierung muss endlich und auf allen Ebenen Schluss sein !

Sozialistische Planwirtschaft ist nicht die richtige Antwort auf den dynamisch wachsenden Gesundheitsmarkt und schon gar nicht die richtige Antwort auf den medizinischen Fortschritt, den wir weiterhin für alle offen halten wollen.

## 3. Wir werden eine flexible und marktwirtschaftliche Zuwanderungsregelung durchsetzen, um den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden.

Die IHK Region Stuttgart hat recht, wenn sie ausführt, dass es angesichts des akuten Arbeitskräftemangels und der



bevorstehenden demographischen Entwicklung zu einem Zuwanderungsgesetz keine Alternative gibt.

Eine für die Wirtschaft attraktive Arbeitskräfte-zuwanderungsregelung muss modern, unbürokratisch und weltweit wettbewerbsfähig sein.

Für uns Liberale ist vor allem ein Dreiklang aus stärkerer Ausrichtung der Zuwanderung an dem eigenen Interesse unseres Landes, an der Wahrung der humanitären Verpflichtungen Deutschlands und verbesserte Bemühungen um Integration notwendig.

Natürlich haben Zuwanderer auch Pflichten:

Wer nach Deutschland kommt muss auch etwas leisten:

Er muss Deutsch lernen! Es muss ja nicht gleich schwäbisch sein !

Wer zu uns kommt, muss unsere Grundwerte achten.

Er soll ganz selbstverständlich seine Kultur behalten, er soll seine Religion behalten, die will ihm keiner bestreiten.

Aber wir wollen keine Ghettobildung.

Wer sich nicht integrieren will, wer dieses Angebot nicht annimmt, für den muss das auch Folgen haben.

Wer das Integrationsangebot nicht annimmt, kommt nicht rein oder muss gehen !

Wir wollen zu der Teilnahme an Integrationskursen verpflichten und wir sprechen uns für die Aufnahme der Integrationspolitik als Staatsziel in das Grundgesetz aus.

#### 4. Die innere Sicherheit wahren und die Freiheit schützen

Ohne Sicherheit ist Freiheit nichts wert.

Wer aber die Freiheit abschafft, ohne letzte Sicherheit garantieren zu können, arbeitet den Terroristen in die Hände.

Oder kurz gesagt:

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.

Auch bei der Terrorismusbekämpfung gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Wir haben dem Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus zugestimmt, aber uns geht es nicht so sehr um eine Vielzahl neuer Gesetze, sondern uns geht es um die Beseitigung der Vollzugsdefizite im Bereich der Inneren Sicherheit.

Zu allererst sind bestehende Defizite zu beseitigen.

Es darf kein Tag verloren werden, hier für Verbesserungen zu sorgen.

Wir wollen die größtmögliche Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Aber wir wollen uns auch frei bewegen und uns nicht erpressen lassen.

## 10

Wir wollen vor allem in einem liberalen Gemeinwesen leben, in dem wir dem Nachbarn nicht wegen seiner Herkunft, seiner Hautfarbe oder seiner Religion misstrauen.

Schon gar nicht wollen wir einen Staat, der den permanenten Notstand dazu nutzt, unsere Freiheiten zu beschneiden.

Und für uns ist auch klar:

Angst ist nicht nur Angst vor terroristischer Bedrohung.

Soziale Sicherheit für Menschen – die größte soziale Sicherheit ist ein Arbeitsplatz – gehört dazu, wenn man freie Gesellschaften stabil halten will.

Dazu muss und wird die neue Bundesregierung mit der FDP die wirtschaftliche Situation verbessern.

5. Wir brauchen wieder mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme.

Wenn in der selben Woche, in der bei uns in Baden-Württemberg steigende Arbeitslosenzahlen vermeldet werden –

gleichzeitig und fast auf den Tag genau – die Kammern unseres Landes mitteilen, dass über 50 % ihrer Betriebe an Fachkräftemangel leiden, und wenn alleine der DEHOGA Baden-Württembergs vermeldet, dass er 15.000 offene Stellen hat, dann stimmt etwas in unserem System nicht mehr.

Dann wird es höchste Zeit, dass wir dafür sorgen, dass derjenige, der einer geregelten Arbeit nachgeht, mehr in der Tasche hat als einer, der keiner geregelten Arbeit nachgeht.

Wir sind für die Wiedereinführung der Meldepflicht von Arbeitslosen und für die Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf zwölf Monate und für die Integration der Arbeitslosen- in die Sozialhilfe.

Es muss auch Anreize wie das Einstiegsgeld für diejenigen geben, die sich um Arbeit bemühen.

Wir wollen nicht länger zusehen, wie die Schwarzarbeit ständig zunimmt, sondern wir wollen reguläre Arbeit schaffen.

## 6. Einführung eines Niedriglohnsektors

Wer auch nur eine Mark über der Einkommensgrenze von 630 Mark für geringfügige Beschäftigung liegt, der muss sofort und in vollem Umfang Beiträge an Renten- und Krankenkasse abführen.

In dem Bereich zwischen 630 Mark und den unteren Lohngruppen arbeiten heute lediglich knapp 70.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürger.

Doch gerade hier sehen Experten ein Potential von hunderttausenden neuer Beschäftigungsmöglichkeiten – und die brauchen wir dringend.

Deshalb fordern wir die Einführung von 630-€-Jobs!

7. Ich fordere einen auf zwei bis drei Jahre befristeten Wettbewerb zwischen Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung.

Ich bin mir ganz sicher, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben vor Ort viel besser wissen, was für sie, für die Sicherung ihres Arbeitsplatzes und für ihre jungen

Auszubildenden gut und richtig ist, als es die Funktionäre in irgendwelchen fernen Gewerkschaftszentralen wissen !

Wir sind gegen ferngelenkte, funktionärische Mitbestimmung auch noch in kleinen und Kleinstbetrieben, statt dessen sind wir für die Stärkung der Entscheidungshoheit vor Ort im Betrieb selbst!

13 % der Deutschen sind Mitglied in einer Gewerkschaft.

85 % der SPD-Bundestagsfraktion sind Mitglied einer Gewerkschaft.

Da wundert einen die Politik der Bundesregierung nicht mehr.

Das ist schon keine Klientelpolitik mehr, sondern das ist Politik einer Klientel.

Die Volkspartei SPD betreibt eine Politik gegen die Mehrheit des Volkes!

Rot-Grün hat immer noch nicht verstanden, dass die Interessen von Arbeitnehmern und die Interessen von bestimmten

## 12

Gewerkschaftsfunktionären nicht übereinstimmen wie im übrigen auch die Interessen von vielen mittelständischen Betrieben beileibe nicht immer mit den Interessen von Arbeitgeberfunktionären übereinstimmen.

Die Bundesregierung sollte sich weniger an den Verbänden orientieren, sondern sie sollte sich mehr an den Menschen orientieren:

Lassen Sie den Menschen mehr von dem, was sie sich hart erarbeitet haben, und dann haben Sie nicht nur bessere und direktere Entscheidungen in den Betrieben, sondern dann haben Sie auch bessere Staatsfinanzen.

Es kann nämlich nur der Steuern zahlen, der Arbeit hat!

Nichts kommt den Staat so teuer wie die Verwaltung von Arbeitslosigkeit !

Die Bundesregierung macht im Augenblick aber nichts anderes als die Verwaltung von Arbeitslosigkeit – das ist das eigentlich Verwerfliche !

8. Zu der Verbesserung der Finanzsituation fordern wir den Subventionsabbau

Die nordrhein-westfälische Landesregierung bewahrt die Fluglinie LTU vor dem Konkurs.

In der Nähe von Erfurt wird ein neues Motorenwerk gebaut – die Bauherren erhalten 57 Mio. Euro vom Staat – über 50 Millionen Euro vom Steuerzahler für einen Konzern, der in 2000 rund 7,9 Mrd. Euro Gewinn gemacht hat.

Auf das wartende Holzmann-Volk in seinen gelben Öljacken warf Kanzler Gerhard Schröder in einer eisigen Nacht im Winter 1999 vom Balkon Kammellen von 192 Mio. Euro herab.

Und das Ergebnis ?

LTU fliegt noch immer Schlangenlinien.

Der Konzern streicht noch immer Milliarden-Gewinne ein und Holzmann wankt noch immer.

## 13

Seither kennen wir zwar die genaue Definition von Familienunternehmen:

Familienunternehmen sind die Betriebe, zu denen der Kanzler nicht kommt, wenn sie in Not sind.

Der Subventionsbericht der Bundesregierung kommt auf rund 20 Milliarden Euro öffentliche Hilfen im Jahr.

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft errechnet fast 150 Milliarden Euro.

Milliarden und Abermilliarden, die an anderen Stellen viel notwendiger und besser eingesetzt wären, dort aber dringend fehlen.

Haben wir endlich den Mut zu einem radikalen Subventionsabbau und kürzen wir alle Subventionen als Einstieg um zehn Prozent und lassen jegliche staatliche Unterstützung nach spätestens drei bis fünf Jahren auslaufen!

9. Belastungen abbauen – durch steuerliche Entlastungen motivieren

Die Erhöhung der Ökosteuer ist ein Schwindel von gigantischen Ausmaßen.

Nichts daran ist öko!

Die versprochene Senkung der Sozialbeiträge ist ausgeblieben.

Die Ökosteuer ist wenig öko aber sehr viel Steuer!

Sie ist ein Etikettenschwindel zum Wohle des Finanzministers und ansonsten eine reine Abzockerei.

Sie muss weg !

10. Das beste Konjunkturprogramm für Deutschland ist eine neue Bundesregierung

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat am 10. November 1998 in seiner Regierungserklärung unter anderem gesagt:

„Die Bundesregierung ist sich völlig im klaren darüber, dass sie ihre Wahl wesentlich der Erwartung verdankt, die Arbeitslosigkeit wirksam zurückdrängen zu können.“

In seiner ersten Regierungserklärung sagte der Bundeskanzler:

„Wir wollen uns jederzeit daran messen lassen, in welchem Maße wir zu der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.“

An anderer Stelle sagte der Bundeskanzler:

„Wenn wir die Arbeitslosigkeit nicht deutlich reduzieren, dann haben wir es nicht verdient, wiedergewählt zu werden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nehmen wir den Bundeskanzler am 22. September beim Wort.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.